

Unternehmen. Wir setzen auf Freiheitsrechte und Bürgersinn statt Überwachungsstaat: kommunale Kriminalitätsverhütung, eine bürger-nahe sowie gut ausgebildete und ausgerüstete Polizei. Der Kampf gegen Rechtsextremismus braucht eine in jeder Hinsicht stabile Basis und ist noch intensiver zu vernetzen.

5. Die Region zusammenhalten – Lebensfähigkeit und Solidarität aller Teile des Landes. Verantwortung dorthin, wo die Kompetenz am größten ist. Für ein sinnvolles Miteinander mit Berlin ohne Druck auf eine Länderfusion. Unsere Region im zusammenwachsenden Europa.

Die Landesentwicklungspläne und das gemeinsame Landesentwicklungsprogramm Berlin-Brandenburg müssen überarbeitet werden. Die Menschen sollen in allen Regionen Existenzmöglichkeiten, Wohnung, Bildung, Kultur und soziale Betreuung finden; die berlinfernen Räume dürfen nicht auf bloße Hilfsfunktionen reduziert werden. Im Verhältnis zu Berlin haben derzeit nicht Termine für einen Zusammenschluss, sondern eine tatkräftige, enge, verbindliche Zusammenarbeit im Interesse der Menschen Vorrang – wirtschaftlich und sozial, wissenschaftlich-technisch und kulturell sowie auf kommunaler Ebene. Begleitend braucht es eine breite öffentliche Verständigung über die Perspektive der Region. Nach dem EU-Beitritt Polens ist eine gemeinsame Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik vor allem in der Grenzregion zu entwickeln. Der wachsenden Mobilität der Menschen wollen wir im ganzen Land mit attraktiven, sicheren und bezahlbaren Angeboten von Bussen und Bahnen entsprechen.

6. Haushalts- und Finanzpolitik nach der Ära der Verschwender: Die Zukunft der Menschen im Land solide finanzieren!

Künftig müssen die Stabilisierung der wirtschaftlichen Lage und der Erhalt der sozialen und natürlichen Lebensbedingungen sowie die Konsolidierung des Haushaltes Hand in Hand gehen. Ziel ist ein effizienter, verantwortungsbewusster und zielgerichteter Mitteleinsatz. Dafür muss mit einem Kassensturz reiner Tisch gemacht werden. Direkt von einer neuen Haushaltspolitik Betroffene sind stärker in deren Erarbeitung einzubeziehen.

7. Brandenburg auf der Seite des sozialen Gewissens in Deutschland – bundespolitischen Reformen menschliches Maß abverlangen und als ostdeutsche Stimme vernehmbar sein.

Die PDS hat als einzige parlamentarische Kraft in Deutschland der »Agenda 2010« der Bundesregierung und dem bloßen Abbauprogramm der anderen Parteien eine »Agenda sozial« gegenüber gestellt. Auch weiter werden wir u. a. darauf drängen, dass

- die mit dem Solidarpakt II vereinbarten Mittel in voller Höhe in die ostdeutschen Länder fließen;
- Ostdeutschland ab 2006 weiter als Ziel-1-Gebiet aus den EU-Strukturfonds unterstützt wird;
- Einnahmeverbesserungen und größere Spielräume für die öffentliche Hand entstehen;
- eine gerechte Bürgerversicherung eingeführt wird, in die alle einzahlen. Keine weiteren Zuzahlungen, Praxisgebühren und ähnliche Instrumente der Privatisierung gesundheitlicher Risiken!

- mit politisch hergestellten Benachteiligungen Ostdeutscher – wie erst jetzt wieder beim Arbeitslosengeld II – Schluss gemacht wird;
- es keine militärische Nutzung der Kyritz-Ruppiner Heide durch die Bundeswehr und andere Streitkräfte gibt;
- eine solidarische Reform der bundesstaatlichen Ordnung vereinbart wird, die der Angleichung der Lebensverhältnisse in allen Teilen des Bundesgebietes dient und die die Gestaltungsmöglichkeiten der Länder und der Landtage erheblich stärkt;
- eine Gemeindefinanzreform auf Bundesebene durchgesetzt wird, die diesen Namen verdient und mit der den Gemeinden, Städten und Landkreisen vor allem stabile Einnahmequellen zugewiesen werden;
- die Mitbestimmung der Bürgerinnen und Bürger auf Bundesebene erweitert wird. Wir fordern eine Volksabstimmung über die EU-Verfassung.

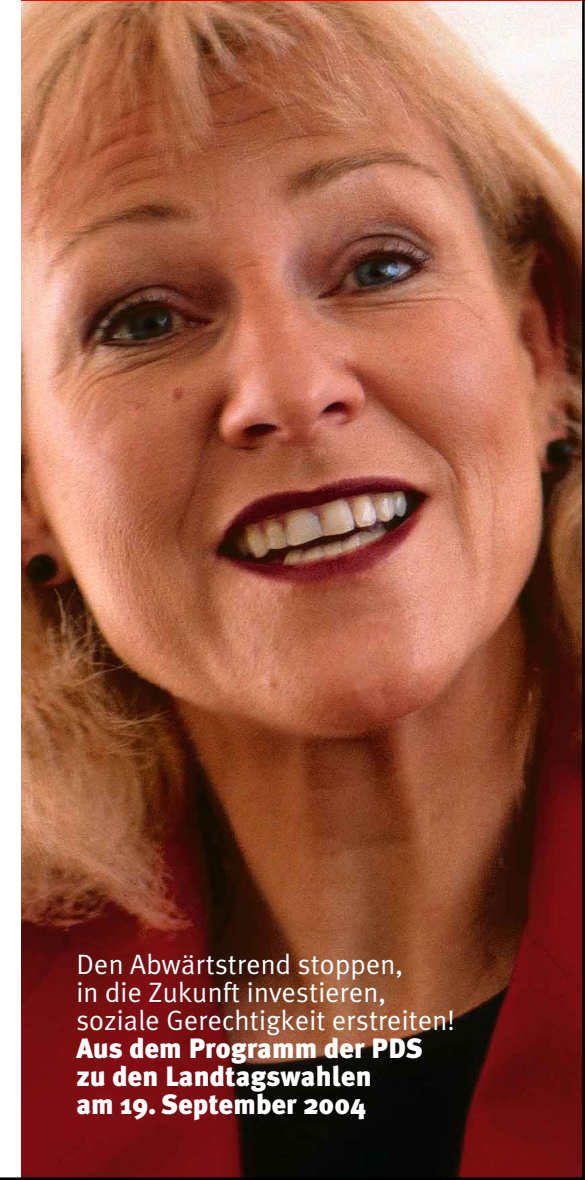
Wählen Sie konsequent:

- mit der Erststimme die Kandidatin oder den Kandidaten ihres sozialen Vertrauens und
- entscheiden Sie mit der Zweitstimme, dass die PDS, die Partei des Sozialen, stark im neuen Landtag vertreten sein wird.

*Kontaktadresse:
Wahlquartier in den Bahnhofspassagen
Babelsberger Straße 12, 14473 Potsdam
Telefon: 03 31 /74 03 90
Telefax: 03 31 /74 03 910
wahlquartier@pds-brandenburg.de
Internet: www.rote-karte-zeigen.de*



**Dagmar Enkelmann:
Sozial, mit
aller Kraft.**



Den Abwärtstrend stoppen,
in die Zukunft investieren,
soziale Gerechtigkeit erstreiten!
**Aus dem Programm der PDS
zu den Landtagswahlen
am 19. September 2004**

Es ist was faul im Lande Brandenburg ...

Seit Jahren geht es bergab:

■ 1991 gab es hier noch das höchste Bruttoinlandsprodukt pro Einwohner in Ostdeutschland – heute den geringsten Anstieg.

■ Weniger als ein Drittel aller Brandenburgerinnen und Brandenburger ist in ein Beschäftigungsverhältnis eingebunden – nirgendwo im Osten fällt diese Quote niedriger aus.

■ Unsere Schülerinnen und Schüler sind nur ungenügend auf die Zukunft vorbereitet.

■ Noch nie wurde weniger investiert und mehr Geld verschleudert.

■ Brandenburg – einst kräftige Stimme des Ostens und des sozialen Gewissens – ist verstummt; demokratisches Engagement wird – wie die Volksinitiative von über 150 000 Menschen gegen Kita-Kürzungen – brüsk zurückgewiesen.

Keine Familie, kein Freundes- oder Bekanntenkreis, in dem dies alles nicht bitter zu spüren ist. Die »Große Koalition« hat sich als Koalition des großen Versagens und der großen Verschwendung entpuppt:

Brandenburg braucht jetzt den Bruch mit Politik und Geisteshaltung der SPD-CDU-Koalition – dieser Regierung die Rote Karte!

Und dann: Sozial, mit aller Kraft.

Der Niedergang muss gestoppt, die wirtschaftliche und soziale Lage muss stabilisiert und so eine Trendwende vorbereitet werden. Das wird ein hartes Stück Arbeit und nicht am ersten Tag zu schaffen sein.

Zugleich muss auch die Zukunft energisch angepackt werden – durch ein umfassendes Bildungsprogramm. Neue Namen für alte Schulen reichen nicht.

Sozial, mit aller Kraft: Das ist auch der

aktive, widerständige Gegenentwurf zum Sozialabbau der rot-grünen Bundesregierung und von Union und FDP. Es geht um soziale Gerechtigkeit und Solidarität, allseitige Erneuerung sowie demokratisches Engagement und Toleranz. Mit der Landtagswahl wird sich zeigen, ob gesellschaftliche Mehrheiten dahinter stehen und ob sie sich auch bis ins Parlament durchsetzen können. Die PDS ist bereit und fähig, für eine solche neue Politik Verantwortung zu übernehmen. Der Kern dieser neuen Politik wird durch unser Sieben-Punkte-Programm beschrieben:

1. Kraft für die Zukunft: eine Wende in der Bildungspolitik. Chancengleichheit als Grundprinzip durchsetzen.

Fördern statt auslesen – dieser Grundsatz muss durchgängiges Leitmotiv der Bildungspolitik werden. Wohnortnähe von Kitas und Schulen ist eine wichtige Voraussetzung für gutes Lernen. Die PDS fordert u. a.:

■ einen tatsächlich uneingeschränkten Rechtsanspruch auf einen Kita-Platz sowie für einen verbindlichen Bildungsauftrag für Kitas;

■ die integrative Sekundarschule als ersten Schritt zu einer zehnjährigen gemeinsamen Schulzeit sowie ein Regelabitur nach 12 Jahren;

■ eine elternbeitragsfreie Schülerbeförderung;

■ den Ausbau der Ganztageeinrichtungen;

■ mehr Selbständigkeit für Schule und Hochschule;

■ die Aufnahme des Rechts eines jeden Jugendlichen auf berufliche Erstausbildung in die Landesverfassung sowie eine Stiftung »Arbeit und Ausbildung«;

■ gebührenfreies Studieren im Land Brandenburg;

■ die Festschreibung des Landesjugendplanes mindestens auf dem derzeitigen Niveau.

2. Aus jedem Euro öffentlicher Förderung ein Mehr an Arbeits- markteffekten. Die heimische Wirtschaft ins Zentrum politischer Bemühungen rücken.

Unser Ziel ist, dass in Brandenburg mehr Arbeitsplätze entstehen als wegfallen. Wir wollen wettbewerbsfähige industrielle Standorte sowie die Gründung neuer, leistungsfähiger Unternehmen aus dem Land heraus anregen und fördern. Es gilt, v. a. für die kleinen und mittelständischen Unternehmen den Zugang zu Krediten zu verbessern. Um mit jedem Euro mehr zu bewirken, wollen wir die Wirtschaftsförderung verstärkt mit Bürgschaften bzw. zinslosen bzw. -günstigen Darlehen statt direkten Zuschüssen gestalten und so für das Land Barmittel einsparen.

150 Mio. Euro, die bislang auf verschiedene Ministerien aufgesplittert sind, sollen zusammen geführt werden, um in den Regionen des Landes jeweils spezifisch notwendige Leistungen im wirtschaftlichen und sozialen Bereich finanziell zu fördern (Brandenburgischer Regionalfonds).

Für die beschäftigungspolitischen Projekte ist die notwendige Grundfinanzierung zu sichern. Wir streben den Übergang zu einem öffentlich geförderten Beschäftigungssektor im sozialen, im Jugend-, im Frauen-, im Umwelt-, im kulturellen und im Sportbereich an. Nach Hartz IV ist das umso notwendiger.

Wir werden den Auf- und Ausbau von Absatzorganisationen sowie Erzeugerverbänden und regionalen Erzeugerketten in der Agrarwirtschaft fördern. Die PDS tritt für die unverzügliche

Rückabwicklung der unrechtmäßigen Enteignung von Bodenreform-Begünstigten ein. Die touristische Infrastruktur ist zu stabilisieren und auszubauen. Mittelfristig streben wir einen Strukturwandel zu nachhaltiger Entwicklung an.

3. Gesundheitsleistungen müssen nicht nur bezahlbar, sondern auch erreichbar sein. Soziale Dienste erhalten.

Wir setzen uns für die bedarfsgerechte medizinische Versorgung in allen Teilen des Landes, für die Sicherung der Trägerstruktur für soziale Leistungen und für ein kinderfreundliches Klima ein. Ärzthäuser, Gesundheitszentren und Polikliniken sollen erhalten bleiben und mehr Verantwortung – vor allem im ländlichen Raum – übernehmen. Wir wollen die Kommunen in ihren Aktivitäten zur Ansiedlung von Ärztinnen und Ärzten in unterversorgten Regionen unterstützen (Landarztprogramm). Eine Privatisierung der Landeskrankenhäuser lehnen wir ab. Weitere Kürzungen beim Landespflegegeldgesetz nehmen wir nicht hin.

4. Demokratie und Öffentlichkeit entfalten, Rechtsstaat stärken, Parteienvorherrschaft abbauen.

Die Bürgerinnen und Bürger sollen erweiterte Mitsprachemöglichkeiten und bessere Bedingungen dafür haben. Die Abstimmungsmöglichkeiten von Jugendlichen wollen wir erweitern. Die Vergütungen für Abgeordnete, Ministern und Staatssekretäre sind neu zu regeln. Die Verwaltung muss überschaubarer und bürgernäher werden. Wir wollen finanzielle Planungssicherheit für die Kommunen und mehr Spielraum für kommunale